Thüringer Landtag
5. Wahlperiode

Drucksache 5/4667
05.07.2012

K l e i n e A n f r a g e

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

A n t w o r t

des Thüringer Innenministeriums

Neonazistischer Vorfall in Jena?

Die **Kleine Anfrage 2195 - Neufassung -** vom 22. März 2012 hat folgenden Wortlaut:

Im Oktober 2011 fand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Ausstellungseröffnung statt, an welcher u. a. israelische/deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mitwirkten. Im Nachgang der Ausstellungseröffnung kam es laut Aussagen und Berichten von einem Gast sowie eines Angestellten des Jenaer Hotels "Schwarzer Bär" gegenüber zwei Personen durch eine Gruppe älterer Herren zum Singen von "nazistischen Liedern" sowie dem mehrfachen Rufen "Sieg Heil".

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Vorfall der Landesregierung bekannt geworden und wenn ja, in welcher Form wurde er erfasst?

2. Ermittelt die Polizei oder die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit?

3. Ist es zutreffend, dass sich die israelisch-deutsche Wissenschaftlerin mit Bitte um Unterstützung an die Landesregierung gewendet hat und wenn ja, in welcher Form findet die Unterstützung statt?

4. Verfügt die Landesregierung über Erkenntnisse bezüglich des Hintergrunds der von Zeuginnen und Zeugen als "wahrscheinlich Burschenschafter" identifizierten Gruppe? Sofern diese Zuordnung zutreffend ist, welche Erkenntnisse liegen über die Burschenschaft vor, aus welcher Stadt kamen die Burschenschafter?

5. Verfügt die Landesregierung über eine Definition bezüglich des regelmäßig von ihr verwandten Begriffs der "Weltoffenheit"? Wenn ja, nach welchen Kriterien lässt sich eine private oder öffentliche Einrichtung als "weltoffen" charakterisieren?

6. Treffen sich nach Erkenntnissen der Landesregierung Burschenschaften, welche der rechten Szene zuzuordnen sind, regelmäßig in einem bestimmten Lokal in Jena und führen dort Veranstaltungen durch? Wenn ja, welche Burschenschaften und welcher Art sind diese Veranstaltungen?

7. Ist der Landesregierung bekannt, welche Jenaer Burschenschaft(en) über Verbindungen zu welchen Burschenschaften in München verfügen? Wenn ja, um welche Burschenschaften handelt es sich jeweils?

8. Was empfiehlt die Landesregierung ausländischen Gästen, die Opfer oder Zeuge rassistischer, antisemitischer oder rechtsextremer Taten werden, konkret?

Druck: Thüringer Landtag, 17. Juli 2012

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. Juni 2012 (Eingang: 5. Juli 2012) wie folgt beantwortet:

Zu 1.:
Der Vorfall ist der Landesregierung bekannt geworden. Er wurde bei der Staatsanwaltschaft Gera als Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a Strafgesetzbuch) unter dem Aktenzeichen 171 UJs 2594/12 registriert.

Zu 2.:
Sowohl Polizei als auch die Staatsanwaltschaft ermitteln in dieser Angelegenheit.

Zu 3.:
Eine israelisch-deutsche Wissenschaftlerin hat das Büro der Ministerpräsidentin per E-Mail über den Vorfall informiert. Von Seiten der Thüringer Staatskanzlei wurde ihr empfohlen, Anzeige zu erstatten und angeboten, sie hierbei zu unterstützen.

Zu 4.:
Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort zu Frage 1.

Zu 5.:
Die Landesregierung versteht unter "Weltoffenheit" inbesondere die Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Kulturen und Religionen.

Zu 6.:
In Jena hat eine Vielzahl von Burschenschaften ihren Burschenschaftssitz. Welche einzelne Burschenschaft wann und in welchem Lokal regelmäßig verkehrt, ist nicht bekannt.

Hinsichtlich der "Burschenschaft Normannia zu Jena" ("Normannia") liegen der Landesregierung tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen einer Thüringer Burschenschaft vor. In der Vergangenheit nutzte diese Burschenschaft beispielsweise das "Braune Haus" in Jena für ihre Veranstaltungen. Aktuelle Erkenntnisse zu konkreten Trefforten dieser Burschenschaft liegen nicht vor.

Zu 7.:
Derartige Verbindungen sind nicht bekannt.

Zu 8.:
In Polizeidienststellen werden Informationen über Unterstützungsangebote verschiedener Träger, bei den Staatsanwaltschaften Merkblätter des Bundesamtes für Justiz zur Entschädigung von Opfern extremistischer Übergriffe bereitgehalten.

Geibert
Minister